

**Stéphan Courtois/ Nicolas Werth/ Jean-Louis Panné/ Andrzej Paczkowski/ Karel Bartosek/ Jean-Louis Margolin: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. Mit dem Kapitel „Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR“ von Joachim Gauck und Eckhart Neubert; Piper-Verlag, München 1998. 998 S., 68,- DM.**

Das nunmehr in deutscher Übersetzung vorliegende Schwarzbuch des Kommunismus hat seit seinem Erscheinen in Frankreich heftige Diskussionen ausgelöst. Kritiker werfen den Autoren vor, in unzulässiger Weise Opfer kommunistischer Regime addiert und überdies eine Gleichsetzung mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen vorgenommen zu haben; diese Kritik zielt vornehmlich auf den Initiator Stéphan Courtois, einem Politikwissenschaftler, der in den frühen siebziger Jahren in einer linksradikalen Gruppe organisiert war.

Eine unvoreingenommene Lektüre bestätigt die Kritik nicht, im Gegenteil: Die gut lesbaren Beiträge sind durchweg sachlich gehalten und verzichten auf überflüssige Polemik oder unbegründete Gleichsetzungen. Deutlich wird, daß die einleitende Bewertung von Courtois, alle kommunistischen Regime hätten zur Eroberung und Sicherung ihrer Macht Gewalt und Terror zu ihrem zentralen Herrschaftsprinzip erhoben, vollauf gerechtfertigt ist. Seine Anklage gegen westliche Linksintellektuelle, die kommunistischen Massenverbrechen nicht zur Kenntnis nehmen oder mit ihrem „guten“ Ziel entschuldigen zu wollen, wird von einigen der Kritiker geradezu erneut belegt. Sie weigern sich auch weiterhin, diese Verbrechen als konstitutive Eigenschaft kommunistischer Regime anzuerkennen.

Der Historiker Nicolas Werth, ein ausgewiesener UdSSR-Experte, widerlegt eindrucksvoll die bis heute in einigen

linken Kreisen aufrecht erhaltene Legende, erst unter Stalin habe in der Sowjetunion der Massenterror begonnen. Tatsächlich stützen die Bolschewiki unter der Führung von Lenin von Beginn an ihre Macht auf Gewalt und Terror gegen Andersdenkende - auch in den eigenen Reihen - und gegen soziale Gruppen, die zur Vernichtung freigegeben werden. Sinowjew, einer der wichtigsten Parteiführer, der später selbst hingerichtet wird, rechtfertigt den roten Massenterror mit den Worten: „Um uns von unseren Feinden zu befreien, brauchen wir unseren eigenen sozialistischen Terror. Etwa 90 der 100 Millionen Einwohner des sowjetischen Rußlands müssen wir auf unsere Seite bringen. Den anderen haben wir nichts zu sagen. Sie müssen vernichtet werden.“

Den Ankündigungen folgen Taten. Knapp ein Jahr nach der Revolution, die sich bei näherem Hinsehen als blutiger Staatsstreich entpuppt, haben die Bolschewiki mehr Menschen umgebracht als das zaristische Vorgängerregime in neunzig Jahren. Der Aufstand der revolutionären Matrosen und Arbeiter in Kronstadt wird brutal niedergeschlagen, Anhänger der Menschewiki sowie parteiinterne Oppositionelle werden liquidiert.

Unter Stalin wird der Terror zur radikalen Gesellschaftsumwandlung und zur Unterwerfung von Partei und Gesellschaft noch ausgeweitet. Die Verkündung der Zwangskollektivierung auf dem Land geht mit politisch herbeigeführten und nicht unterbundenen Hungersnöten einher und hat 1932/33 über sechs Millionen Tote zur Folge. Die von Stalin angeordnete "Liquidierung der Kulaken als Klasse" bezeichnet der Autor als Teil einer bewußt geplanten und systematisch durchgeführten radikalen Gesellschaftsumwandlung.

In den Jahren 1936 bis 1938 richtet sich der sogenannte Große Terror verstärkt wieder gegen Parteimitglieder. Der von

der Zentrale angeordnete und mit Planzahlen für Inhaftierungen und Hinrichtungen von „Volksfeinden“ versehene Operationsbefehl Nr. 00447 führt zu unzähligen Opfern, wobei lokale Parteiführer wiederholt eine Erhöhung der Planzahlen erbeten. Unter den Opfern dieser Säuberungen sind auch Mitglieder ausländischer kommunistischer Parteien, die sich im Exil befinden. Dem stalinistischen Terror fallen mehr Führungskader der KPD zum Opfer als den Schergen Hitlers. Knapp 600 deutsche Kommunisten werden in der Zeit des Hitler-Stalin-Paktes der deutschen Gestapo übergeben.

Zur Stabilisierung ihrer Herrschaft errichtet die sowjetische KP ein umfangreiches Lagersystem, den sogenannten Gulag, in das politische Gegner, Kriminelle, aber auch normale Bürger, die auf kaum nachvollziehbare Weise als „auffällig“ eingestuft werden, verbracht werden. In den Lagern werden Millionen Menschen geschunden, viele sterben an Hunger und Erschöpfung oder werden umgebracht.

Die freiheits- und menschenverachtende Logik kommunistischer Machtpolitik wird selbst im spanischen Bürgerkrieg sichtbar. Stalin befiehlt die Liquidierung der an der Seite der Kommunisten gegen die Faschisten kämpfenden Trotzisten und Sozialrevolutionäre, um das kommunistische Machtmonopol zu sichern. Über zehntausend Revolutionäre werden von der KP inhaftiert, etliche ermordet. Die als antifaschistische Widerstandskämpferin berühmte gewordene spanische Kommunistin Dolores Ibarruri, genannt Pasionaria, rechtfertigt dieses Vorgehen: „Lieber hundert Unschuldige umbringen, als einen einzigen Schuldigen freisprechen.“

Nach der militärischen Zerschlagung und Beseitigung des nationalsozialistischen Deutschlands überträgt die Sowjetunion ihr kommunistisches Gewaltregime auf die von ihr besetzten Länder Ost- und Mitteleuropas. Gemeinsam mit den je-

weiligen kommunistischen Parteien, deren Führungskräfte als Auslandskader der KPdSU wirken, werden in allen besetzten Ländern Terrorapparate errichtet, die die kommunistische Machtübernahme ermöglichen und sichern sollen.

Die Zerstörung der alten Gesellschaft und die Errichtung einer kommunistischen erfolgt auch hier durch Gewalt und Zwang, wenn auch Ausmaß und Intensität des Terrors von Land zu Land verschieden ausfallen. Aufstände gegen die kommunistische Fremdherrschaft wie etwa in der DDR 1953, in Polen und Ungarn 1956 oder in der CSSR 1968 werden brutal niedergeschlagen. Ab Mitte der fünfziger Jahre geht der offene Massenterror in der UdSSR und ihren Satellitenstaaten zurück, die Unterdrückung der Bevölkerung und die Verfolgung Andersdenkender nimmt subtilere Züge an. Courtois zählt für die Sowjetunion insgesamt 20 Millionen und für Osteuropa etwa eine Million Tote als Ergebnis kommunistischer Politik.

Einige kommunistische Regime in Asien übertreffen indes ihr historisches Vorbild noch an Ausmaß und Brutalität des Terrors. Der Historiker Jean-Louis Margolin beschreibt die Blutspur, die die chinesische KP unter der Führung von Mao Zedong der Nachwelt hinterläßt. Die in der Tradition grausamer Endzeitreigionen stehende KP läßt nach Schätzungen allein 20-43 Millionen Menschen in den Jahren von 1959 bis 1967 während des von ihr verkündeten „Großen Sprungs nach vorn“ verhungern. Die von Mao initiierte und von der Zentrale tolerierte Kulturrevolution führt Ende der 60er Jahre ebenfalls zu einem Terror unvorstellbaren Ausmaßes. Von westeuropäischen Linksintellektuellen wird dieser rote Massenterror als Kulturrevolution verklärt und von einigen Gruppen sogar zum fiktiven Vorbild eigener Politik erhoben. Erst nach Maos Tod geht der Massenterror zurück, das größte Lager-

system aller Zeiten, in das nach Schätzungen bis zu 50 Millionen Menschen inhaftiert waren, wird allmählich abgebaut.

Kambodscha geht zweifelsohne als brutalstes und grausamstes kommunistisches Regime in die Geschichte ein. Das Pol Pot-Regime, eine „perverse Versuchsanstalt des Kommunismus“, ermordet im Namen einer totalitären Klassenideologie etwa zwei Millionen Landsleute, vor allem Städter und Gebildete, die als nicht mehr umerziehungsfähig gelten. Jeder vierte Kambodschaner stand mithin der angestrebten „neuen Gesellschaft“ im Weg. Auch in der sogenannten Dritten Welt gründet der Kommunismus, wie weitere informative Beiträge des Buches aufzeigen, auf Terror und Gewalt, füllen die Todeslisten unzählige Seiten. Für Lateinamerika werden 150.000 Tote, für Afrika 1,7 Millionen und allein für Afghanistan 1,5 Millionen Tote geschätzt.

Die deutsche Ausgabe des Schwarzbuches wird ergänzt durch Beiträge von Joachim Gauck und Erhart Neubert. Letzterer beschreibt eindrucksvoll, wie die SED unter dem Schutz der Roten Armee ihre totalitäre Diktatur durchsetzt, indem sie die „Liquidierung der alten Gesellschaft“ betreibt. Liquidieren bedeutet hier für die Kommunisten in einem weiten Sinn die politische Ausschaltung - im Einzelfall auch die physische Vernichtung. Unter dem Strich stehen nach Neubert als Ergebnis der SED-Diktatur u.a. knapp 1.000 bei Fluchtversuchen Getötete, mehr als 200.000 politische Häftlinge sowie über vier Millionen Menschen, die zur Flucht getrieben werden.

Auch wenn die offene Repression gegen Andersdenkende seit den siebziger Jahren zurückgeht, setzt die SED-Spitze immer auch auf Gewalt und Zwang zur Sicherung ihrer Macht. Ihr Terrorapparat, das MfS, entwickelt Zersetzungspläne gegen Oppositionelle, die die Zerstörung der Individualität und Persönlichkeit zum

Ziel haben. „Sie sind auch tausendfach angewendet und mit der gesamten kriminellen Energie der Zersetzer ergänzend überboten worden.“

Joachim Gauck weist darauf hin, daß das Erbe der totalitären SED-Herrschaft eine „Spur der Verwüstung in den Seelen der Überlebenden - Täter wie Opfern - hinterläßt.“ Nicht der neue Mensch und die neue Gesellschaft, sondern nachhaltig verstörte Menschen und die zerstörte Gesellschaft sind das Ergebnis 45-jähriger kommunistischer Herrschaft in Ostdeutschland.

Das Schwarzbuch des Kommunismus ist überfällig gewesen. Auch wenn die meisten Details schon vorher bekannt waren, bringt es doch in einer Gesamtschau einen Überblick über die im Namen des Kommunismus verübten Verbrechen und legt frei, was sich hinter der Fassade utopischer Ziele tatsächlich ereignet hat. Das dem Marxismus-Leninismus - wie auch dem Nationalsozialismus - eigene Freund-Feind-Denken führt in letzter Konsequenz zu Massenterror und zur Vernichtung politisch Andersdenkender und sozial Ausgegrenzter. Dies alles geschieht unter dem Vorwand geschichtlicher Notwendigkeit. Der hochgeehrte Maxim Gorki z.B. schreibt 1932: „Der Klassenhaß muß durch die organische Abstoßung des Feindes als eines inferioreren Wesens kultiviert werden. Meine innerste Überzeugung ist, daß der Feind ein durchaus minderwertiges Wesen ist, physisch, aber auch 'moralisch' degeneriert.“

Die Gemeinsamkeit von kommunistischen und nationalsozialistischen Massenverbrechen liegt jenseits der unvorstellbar hohen Opferzahlen in der Logik des totalitären Terrors, nach der zur Erreichung eines Endziels alle Mittel erlaubt seien. Aber jedes Aufrechnen, jedes wechselseitige Rechtfertigen, verdeckt nur die jeweilige Einzigartigkeit der Verbrechen.

Nur aus der Perspektive einer demokratischen und zivilen Gesellschaft können die Massenverbrechen totalitärer Systeme angemessen beurteilt werden. Hierzu brauchen wir einen antitotalitären, oder besser: antidiktatorischen Konsens jenseits parteipolitischer Instrumentalisierungen von Geschichtsbetrachtungen. Hierzu kann das Schwarzbuch des Kommunismus gerade in Deutschland beitragen.

*Klaus Schroeder*

**Sonja Süß: Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR. Christoph Links Verlag, Berlin 1998. 774 Seiten, 58,- DM.**

Mehr als vier Jahre, in denen die Presse voll war von Mutmaßungen und bizarren Details zu diesem Thema, hat Sonja Süß über Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR ermittelt. Erst als Bürgerrechtlerin in Leipzig, dann in offiziellen Untersuchungsgremien, schließlich als wissenschaftliche Mitarbeiterin der Gauck-Behörde; inzwischen arbeitet die in der DDR ausgebildete Medizinerin wieder in der Psychiatrie an der Berliner Schloßpark-Klinik.

Daß sie sich mit ihrem Bericht eine für die eigene Biographie verstörende Frage beantwortet hat, spricht sie gleich eingangs aus. Um so erstaunlicher, daß sie die Antwort im Titel verschweigt, sondern wie im Krimi mit einem Fragezeichen versieht. Das soll sachliche Offenheit und den Verzicht auf Vorverurteilung signalisieren, was das Buch tatsächlich auch einhält, aber es ist dennoch irreführend. Denn daß die Psychiatrie in der DDR politisch mißbraucht wurde, ist auch dann unzweifelhaft, wenn es - so das Ergebnis der Autorin - „einen systematischen Mißbrauch nach dem ‚Vorbild‘ etwa des Moskauer Serbski-Instituts ... in der DDR nicht gegeben hat, wohl aber Befugnisüberschreitungen zum Nachteil der psychisch Kranken, Verletzungen der ärztlichen Schweigepflicht und andere Normverletzungen. Das Forschungsergebnis basiert in der Hauptsache auf der Untersuchung der Institutionen, die für ein solches Vorhaben in der DDR in Frage gekommen wären (genannt worden ist vor allem die psychiatrische Abteilung in Waldheim), von Weisungen des Ministeriums für Staatssicherheit, auf der Analyse von MfS-Akten von IM-Psychiatern und von Opfern politischer Repressionen.

Ihr Resümee klingt harmloser als die Fälle selbst, an denen es auf 774 Seiten demonstriert wird und die Sonja Süß als Einzelfälle zum Beweis nimmt, daß es eben keinen *systematischen* Mißbrauch oder gar „Psycho-Folter“ in „Stasi-Kliniken“ gegeben habe, wie der *Stern* 1990 wissen wollte. Da ist etwa der Fall des abgesetzten ZK-Sekretärs Herbert Häber, der - wie der *Spiegel* erst im Oktober berichtete - „durch eine Intrige gestürzt und zwangspsychiatriert wurde“. Eine Ärztin im Regierungs Krankenhaus Berlin-Buch hatte ihn bei der Stasi denunziert, er habe in Gesprächen mit ihr über Differenzen zwischen der Politik Gorbatschows und Honeckers berichtet. Häber hält bis heute daran fest, daß seine darauf folgende Einweisung in die geschlossene Abteilung des Fachkrankenhauses für Neurologie und Psychiatrie Bernburg gegen seinen Willen erfolgte, obwohl der Generalstaatsanwalt der DDR noch 1990 das Gegenteil behauptete. Sonja Süß hat dafür in den Akten keine Beweise gefunden, auch wenn es genauso „unklar“ bleibe, „inwiefern Honecker Einfluß auf die medizinische Behandlung Häbers und insbesondere auf die Verlegung des Patienten von Ostberlin nach Bernburg nahm“. Den dortigen Ärzten hält sie zugute: „Sollte Erich Honecker die Absicht gehabt haben, die Psychiatrie in Bernburg zu mißbrauchen, um Häber langfristig loszuwerden, so wurde dies allerdings durch die sachgerechte ärztliche Behandlung im psychiatrischen Fachkrankenhaus Bernburg vereitelt. Seiner eigenen Darstellung nach wurde Herbert Häber dort aber nicht zu seinem Nachteil zwangsbehandelt, sondern im Gegenteil gesundheitlich wiederhergestellt und nach seiner Genesung nach Haus entlassen. Es kam zu keinem politischen Mißbrauch der Psychiatrie.“

So kann man es auch sehen, wenngleich nur mit Verrenkungen. Die werden noch heftiger, wenn Sonja Süß auf weitere Einzelfälle zu sprechen kommt. Da ist

den Fall eines jungen ausreisewilligen Maurers, der von der Staatssicherheit vor den X. Weltjugendfestspielen 1973 - aktenkundig: „aus operativen Gründen“ - in Handfesseln in das Bezirkskrankenhaus für Neurologie und Psychiatrie Neuruppin eingewiesen wird. Dort wurde er 6 Tage festgehalten, obwohl der Oberarzt und stellvertretende ärztliche Direktor selbst auf die Rechtswidrigkeit hinwies, „da diese befristete Einweisung - weil den Patienten vor der stationären Aufnahme kein Arzt zum Einverständnis oder Nichteinverständnis der Einweisung befragt hatte - somit rechtlich nicht zustande gekommen ist.“ Ein von der Stasi zugezogener Arzt hatte der Einweisung nämlich zugestimmt, „ohne den Patienten zu sehen und zu sprechen“. Auch darin kann Sonja Süß keinen *systematischen* Mißbrauch erkennen, sondern rekapituliert in unfreiwilliger Komik: „Insgesamt ist die Einlieferung von Max Roller in die Nervenklinik Neuruppin wohl als eine singuläre Aktion der MfS-Offiziere der Kreisdienststelle Kyritz zu sehen ...“.

Kyritz an der Knatter? Nein, für eine Provinzposse ist die Sache zu ernst, zumal sie eben doch einen systematischen Aspekt beinhaltet: Es gab eine republikweite Anweisung der Staatssicherheit, zur „Absicherung“ gegen Störungen solcher Festspiele und Staatsfeiern auch Einweisungen in psychiatrische Einrichtungen vorzunehmen. In Berlin-Weißensee wurde dies sogar „allein von der Volkspolizei mit Hilfe der ‚Blankovollmachten‘ des Stadtbezirksarztes vorgenommen“, vermutlich auch in anderen Stadtbezirken. Das würde für Sonja Süß „auch erklären, warum die Ärzte in den psychiatrischen Krankenhäusern mitgespielt haben, als ihnen Patienten von der Polizei gebracht wurden: Für sie galt die kreisärztlich angeordnete Einweisung.“ Für Sonja Süß ein zureichender Grund, auch hier keinen systematischen Mißbrauch der Psychiatrie zu erkennen. Sie mag ihn weder in

den horrenden Zahlen von IM-Verpflichtungen unter Ärzten und medizinischem Personal, noch im ständigen Bruch der Schweigepflicht, noch in der Tätigkeit von Psychiatern im Dienste des MfS und an dessen „Hochschule“ in Potsdam-Eiche erkenne, die sie gewissenhaft dokumentiert. Dem furchtbarsten dieser Ärzte bescheinigte das MfS ausdrücklich, daß er bei seiner Tätigkeit am Haftkrankenhaus Berlin „als Tschekist auch operative Belange“ berücksichtige. Seine Doktorarbeit an der Stasi-Hochschule war so geheim, daß sie nicht im Dissertationsverzeichnis registriert werden durfte; in ihr analysiert er u.a. die „psychosoziale Fehlentwicklung“ bei „Oppositionellen, zu der er auch „die Suche nach alternativen Lebensformen“ zählt. Sonja Süß hält ihn dennoch für eine „Ausnahme“ im MfS; da er sich aber nicht völlig mit der sowjetischen Psychiatrie identifizierte, gilt ihr sein Fall sogar als Hilfsargument für ihre Überzeugung, es habe einen systematischen Mißbrauch in der DDR nicht gegeben. Das ist, formal betrachtet, gerade noch nachzuvollziehen und ehrt ihr Bemühen um Fairneß für ihr Fach und die Mehrheit ihrer - wie sie meint: „relativ resistenten“ - Fachkollegen in der DDR. Ob es die ganze Wahrheit ist? Dafür leihen wir uns das Fragezeichen, das sie unnötig hinter den Titel des Buches gesetzt hat.

*Hannes Schwenger*

**Michael Herms, Gert Noack: Aufstieg und Fall des Robert Bialek. edition ost, Berlin 1998. 336 S., 24,80 DM.**

Die Arbeit von Michael Herms und Gert Noack, beide Mitarbeiter des Instituts für zeitgeschichtliche Jugendforschung in Berlin, ist dem Partei- und Jugendfunktionär Robert Bialek gewidmet. Das Buch zeugt von einer ausgezeichneten Recherchearbeit. Die biographische Fakten wurden von den Autoren beispielhaft aus der Sicht des politischen Zeitgeschehens interpretiert und in entsprechend ausführliche Schilderungen eingebunden. Hervorzuheben sind hier speziell die Darstellungen über die Arbeiterbewegung und den illegalen antinazistischen Widerstandskampf in Breslau sowie über die Tätigkeit des „Schlesierenausschusses“ der VVN. Als wichtigste Quelle dienten die Erinnerungen Bialeks von 1954/55 sowie sein Nachlaß. Ergänzt wird dieses Material durch Dokumente aus diversen Archiven und Zeitzeugenbefragungen. Die Fülle der zusammenge-

tragenen Informationen erlaubt eine vergleichende quellenkritische Sicht insbesondere auf die Erinnerungen Bialeks, die vielfach durch die subjektiven Intentionen des Autors geprägt sind.

Das erste Kapitel der Publikation hat die ersten 18 Lebensjahre Bialeks zum Inhalt, unter anderem seine Aktivitäten in den Jugendorganisationen SPD und SAP. Hier erhält der Leser auch nähere Auskunft über einige Charaktereigenschaften von Bialek, wie Eigensinn, unbeherrscht-impulsives Auftreten und Geltungstrieb, die seine politische Karriere oft negativ beeinflusst haben. In einem weiteren Teil des Buches problematisieren die Autoren die Widerstandsarbeit Bialeks im Rahmen der Kommunistischen Jugend-Opportunisten, des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands bzw. in der KPD und sein 5 1/2-jähriges Häftlingsdasein. Später wird ihm von persönlichen Widersachern immer wieder vorgeworfen, daß er während des Untersuchungsverfahrens Kameraden verraten und später mit der Gestapo zusammengearbeitet habe. Sein Aufenthalt in einem illegalen Versteck ab Januar 1944 endet mit der Kapitulation der „Festung Breslau“ am 6. Mai 1945. Nach der Übersiedlung mit dem sogenannten Roten Treck nach Dresden beginnt für Bialek im Juli 1945 ein neuer Lebensabschnitt. Obwohl ehemaliger Anhänger der KPD (O) wird er vom „Moskau-Kader“ Hermann Matern als einer der wenigen Breslauer Widerstandskämpfer, die jedoch über die „neue Linie der Partei“ noch „viel zu lernen“ (S. 127) hätten, protegiert und schon am 1. August 1945 als Jugendsekretär der KPD in Sachsen eingesetzt. Wegen seiner radikalen Politikansätze wird Bialek in der Folgezeit in seinen verschiedenen Funktionen auf dem Gebiet der Jugendarbeit oft kritisiert.

Am 26. Februar 1946 gehört er in Berlin zu den 13 Unterzeichnern der Gründungsurkunde der FDJ. Das Lavieren mit

den Vertretern der bürgerlichen und der kirchlich gebundenen Jugend entspricht jedoch nicht Bialeks Vorstellungen. Andererseits bemüht er sich, der sich lieber für eine „reine“ Arbeiterjugendorganisation engagiert hätte, bereits im Herbst 1945 um die Mitarbeit ehemaliger HJ-Funktionäre in der neuen Jugendbewegung. Nach Meinung maßgebender FDJ-Kader wie Erich Honecker, Paul Verner und Heinz Keßler entwickelt sich Bialek immer mehr „zu einem Störfaktor“ (S. 170). Auf Beschluß des Zentralrats der FDJ vom 29. August 1946 wird er aus seiner hauptamtlichen Funktion entfernt, gleichzeitig aber zum Jugendsekretär des SED-Landesvorstandes in Sachsen bestellt. Auf diese Weise konnte laut Interpretation der Autoren der ehemalige FDJ-Vorsitzende in Sachsen „stärker in die Parteidisziplin eingebunden werden“ (S. 171). 1947/48 absolvierte Bialek als Bester seines Lehrgangs einen Halbjahreskurs an der Parteihochschule „Karl Marx“. Danach ernennt ihn das Zentralsekretariat der SED im Juli 1948 zum Politkommissar der Kasernierten Volkspolizei im Rang eines Generalinspektors. Da entsprechende Quellen nicht vorliegen, können die Autoren über die Hintergründe dieser Entscheidung der SED-Leitungsspitze dem Leser nur Vermutungen anbieten. In der Zentrale der Deutschen Verwaltung des Innern (DVdI) kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Bialek und seinen unmittelbaren Vorgesetzten, dem Präsidenten Kurt Fischer und dessen Stellvertreter Erich Mielke. In völliger Unkenntnis der realen Kräftekonstellation in der SED-Führerschaft will er bei Walter Ulbricht deren Ablösung „wegen parteischädigenden Verhaltens“ (S. 198) erwirken. Nachdem Ulbricht in einem Streitgespräch die Partei seiner beiden engen Vertrauten ergreift, beantragt Bialek desillusioniert seine Entlassung aus der DVdI. Ab diesem Zeitpunkt beginnt sein, nach Auffassung der Autoren maßgeblich

von Ulbricht beeinflusster, politischer und beruflicher Niedergang. Zunächst schickt die Partei den „Gefallenen“ im Januar 1949 als Vorsitzenden der SED-Kreisleitung nach Großenhain. Aber auch hier wird er mit Intrigen und Anfeindungen konfrontiert. Zusätzlich dringen Klagen über seine Arroganz und seinen Lebenswandel bis zur Landesleitung nach Dresden und zur Parteizentrale nach Berlin. Indem sie ihm „die politische Qualifikation für so einen wichtigen Posten abspricht“, fällt Lotte Kühn, damalige Lebensgefährtin Ulbrichts, auf einer Kreisparteikonferenz ein vernichtendes Urteil über die Tätigkeit Bialeks als Funktionär der SED.

Endgültig läßt ihn die Partei fallen, als er sich als Kulturdirektor des Waggonwerkes in Bautzen weigert, Prämienmittel „zur Verlustdeckung eines sowjetischen Auftrages“ (S. 232) bereitzustellen. Im August 1952 erfolgt seine fristlose Kündigung und einen Monat darauf der Ausschluß aus der SED. Die Autoren reflektieren nicht das Verhalten Bialeks während des 17. Juni 1953 und seine spätere Sicht auf dieses Ereignis. Für den Rezensenten ist es kaum vorstellbar, daß dieser Massenprotest, der gerade auch in Bautzen sehr intensive Formen annahm, keinen Niederschlag in seinen Erinnerungen gefunden haben soll. Als sich Anzeichen für eine drohende Verhaftung durch das MfS mehrten, flieht Bialek am 27. August 1953 nach West-Berlin. Hier wird mit Verweis auf seine zunächst steile Kaderkarriere in der SBZ der Antrag auf Notaufnahme abgelehnt und entsprechende Ansprüche verweigert. Unerwartete Hilfe erhält er vom britischen Geheimdienst - die einzige ihn verhörende Agentur, die seine nach wie vor sozialistische Gesinnung akzeptiert. Der Dienst unterstützt ihn und vermittelt Kontakte zum BBC und zum Ostbüro der SPD, wo er auf publizistischem und nachrichtendienstlichem Gebiet wirksam wird. In der Folgezeit avanciert der geübte Redner

durch seine in die DDR ausgestrahlten massenwirksamen Rundfunkauftritte und seine Tätigkeit in der Zweigstelle des Ostbüros in Berlin „zu einem der Hauptfeinde der SED-Führung und [...] der Staatssicherheit“ (S. 286). Letztere beschließt, Bialek nach Ostberlin zu entführen. Im abschließenden Kapitel des Buches werden auf Grundlage von MfS-Unterlagen detailliert die Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Kidnappings vom 4. Februar 1956 geschildert. Danach verliert sich merkwürdigerweise die Spur von Bialek. Man kann annehmen, daß er unmittelbar nach seiner Verschleppung im Gewahrsam der Staatssicherheit verstarb. Wann, wo und unter welchen Umständen er zu Tode kam, konnten jedoch bis heute weder Historiker noch Justizorgane ermitteln.

Schließlich soll darauf hingewiesen werden, daß die Publikation eine gründlichere Bearbeitung verdient hätte. Eine Reihe von Druckfehlern und das Fehlen eines Abkürzungsverzeichnisses mindern aber keinesfalls den positiven Gesamteindruck dieser biographischen Arbeit über Robert Bialek.

*Peter Erler*

**Włodzimierz Borodziej, Jerzy Kochanowski (Hg.): PRL w oczach STASI. T. 2. Dokumenty z lat 1980-1983. Wydawnictwo FAKT, Warszawa 1996. 180 S.\***

Im Verlag „FAKT“ erschien vor kurzem das Büchlein „VRP<sup>1</sup> in den Augen der Stasi“. Genauer genommen ist es der 2. Band dieser Arbeit, der hauptsächlich Dokumente aus den Jahren 1980-81

\* Zuerst erschienen in: Kultura, Paris, 1997, Nr. 5/596, unter dem Titel „Die Stasi in den Augen der polnischen Historiker“. Kürzungen der übersetzten Fassung betreffen vor allem Ausführungen zu sprachlichen Problemen.

<sup>1</sup> VRP - Volksrepublik Polen.

umfaßt. Der 1995 veröffentlichte 1. Band<sup>2</sup> hatte den Eindruck einer ziemlich zufälligen Auswahl von „Stasi“-Materialien aus verschiedenen Jahren (1971, 1980-82) vermittelt, wobei sein informativer Wert dadurch zusätzlich vermindert wurde, daß die meisten Namen in den Dokumenten anonymisiert blieben. Die Herausgeber - Włodzimierz Borodziej und Jerzy Kochanowski von der Warschauer Universität, hatten diesen Mangel damals mit der Zurückhaltung der „Gauck-Behörde“ beim Zugänglichmachen der Polen betreffenden Akten sowie mit exzessiver Anonymisierung personenbezogener Daten seitens der Behördenmitarbeiter erklärt. Im Oktober 1996 erschien in der Warschauer Wochenzeitung „Polityka“ ein Beitrag von Stanisław Podemski,<sup>3</sup> der andeutete, die von der „Gauck-Behörde“ freigegebenen Dokumente zielten darauf ab, die polnische Öffentlichkeit zu desinformieren und in Aufregung zu versetzen. „Polityka“ zufolge seien die Kontakte der Historiker von der Warschauer Universität mit der „Gauck-Behörde“ durch deren (der Behörde) Schuld „anämisch“ geworden und seien von geringem wissenschaftlichen Nutzen.

Aber auch unabhängig von diesen nicht ganz klaren Umständen scheinen zahlreiche Mängel und Fehler in dem jetzt erschienenen Band im Verantwortungsbereich der Herausgeber und des Verlages zu liegen. Auf dem Umschlag ist beispielsweise das DDR-Staatswappen abgebildet, obwohl das MfS-Emblem an dieser Stelle angemessener wäre, soll der Band doch die in diesem Ressort entstan-

denen Materialien enthalten. Dem ist aber nicht so: Von den 20 Dokumenten des Buches wurden lediglich acht von der „Stasi“ gefertigt, und davon sind nur drei Beurteilungen der Lage in Polen 1980-81. Paradoxerweise handelt es sich bei der von Borodziej und Kochanowski herausgegeben Archivalienauswahl vielmehr um „VRP in den Augen der PVAP“<sup>4</sup>; noch genauer gesagt - in den Augen der PVAP-Vertreter, die deren marxistisch-leninistischer Strömung angehörten. Zu den Dokumenten dieser Art ist beispielsweise der im ersten Teil des Buches veröffentlichte Ausschnitt einer Information über die Gespräche Markus Wolfs mit einer Delegation des polnischen Mdi (Stachura, Milewski, Słowikowski) zu zählen: die Genossen aus der VRP schildern die Lage und die von den polnischen „Organen“ eingeleiteten Maßnahmen.

Freilich wäre der etwas inadäquate Titel, der vermutlich Käufer anziehen soll, zweitrangig. Die Herausgeber sind sich bewußt, daß die Dokumente der ehemaligen DDR eine beachtliche Ergänzung der polnischen Quellen darstellen, die - was die staatlichen Archive anbelangt - recht fragmentarisch sind. Das eigentliche Problem liegt in der mangelnden editorischen Sortiergüte sowie im Verzicht auf ergänzende Recherchen in weiteren Archiven, wobei vor allem das SED-Parteiarchiv zu nennen wäre. Besonders deutlich wirkt sich das im zweiten, im übrigen aber interessantesten Teil der Arbeit aus, in dem Materialien im Zusammenhang mit dem IX. Parteitag der PVAP enthalten sind. Borodziej und Kochanowski sind nämlich auf Akten gestossen, die zahlreiche wesentliche Informationen über die immer noch unvollständig bekannte Lage in der PVAP 1981 und über den Einfluß der „Bruderländer“ auf die Entwicklung in Polen enthalten.

<sup>2</sup> diess. (Hg.): PRL w oczach STASI. Cz. 1. Dokumenty z lat 1971, 1980-1982. Wydawnictwo FAKT, Warszawa 1995. 143 S.

<sup>3</sup> Trzeci niewypał/Der dritte Fehlschlag, Polityka Nr. 41, 12.10.1996 (Im Inhaltsverzeichnis mit dem Untertitel "Dlaczego pastor Gauck zajmuje się aktami polskimi"/Warum sich der Pastor Gauck mit den polnischen Akten befaßt).

<sup>4</sup> PVAP - Polnische Vereinigte Arbeiterpartei.

Auf einem Moskauer Geheimtreffen am 16. Mai 1981 hatten die Führer der KPdSU, der KPTsch und der SED beschlossen, die Unterstützung für die „gesunden Kräfte“ in der polnischen Partei auszubauen und auf diese Weise zum konsequenteren Kampf gegen die „Solidarność“ beizutragen. Diesem Ziel sollte eine Intensivierung der Kontakte mit ausgewählten Genossen aus der PVAP dienen. Die im Buch veröffentlichten Dokumente sind primär ein Ergebnis der Gespräche, die die SED-Vertreter mit den Partnern aus der polnischen Partei geführt haben. Hinzuzufügen wäre, daß solche Gespräche bis zu Verhängung des Kriegsrechts fortgesetzt und auch von den Vertretern der KPdSU und der KPTsch geführt wurden, wobei zu Aktivitäten der letztgenannten bislang keine einschlägigen Dokumente bekannt sind.

Sachlich und chronologisch konzentrierten sich die Kontakte auf zwei Problemkreise: a) auf den bevorstehenden IX. Parteitag der PVAP (eine Art Vorbereitung dazu war das XI. Plenum, während dessen Grabski einen Putschversuch gegen Kania unternahm) und b) nach dem - aus der Sicht der „Bruderparteien - negativem Verlauf des Plenums - auf die Notwendigkeit, Kania abzusetzen und durch einen Parteiführer zu ersetzen, der bereit wäre „die Konterrevolution entschieden zu bekämpfen“. Als der richtige Mann erwies sich Wojciech Jaruzelski. Am 18. Oktober 1981 übernahm er die Funktion des Ersten Sekretärs. Aus dem Gespräch zwischen K.V. Rusakov, einem Mitglied der sowjetischen Polen-Sonderkommission, und Honeker am 21. Oktober ergibt sich, daß der Wechsel als Folge der „Konsultationen“ mit den „positiven Kräften“ innerhalb der PVAP zustande kam, sowie als Ergebnis der Tätigkeit jener Kräfte, die von Genossen aus den „Bruderparteien“ unterstützt wurden.<sup>5</sup> Es erübrigt sich an die Konse-

quenzen dieses Wechsels an der Spitze der PVAP zu erinnern. Die seit Mai 1981 geführten „Konsultationen“ waren daher ein wesentliches Mittel der Einmischung der Nachbarstaaten in die internen Angelegenheiten der PVAP und spielten somit eine entscheidende Rolle bei der Aufnahme des Kampfes zur „Verteidigung des Sozialismus“ in der Volksrepublik Polen.

Der Verfasser der Einleitung zum zweiten Teil des Buches - Jerzy Kochanowski - verkennt allerdings diesen historischen Kontext. Das resultiert wahrscheinlich aus dem Außerachtlassen von weiteren zugänglichen Quellen, hauptsächlich eben dem SED-Parteiarchiv. Daraus ergeben sich auch zahlreiche weitere Irrtümer in der Einleitung. Bisweilen erweckt sie den Eindruck, der Verfasser sei sich nicht darüber im Klaren, daß er die Dokumente der Partei, und nicht die der „Stasi“, herausgibt. Die SED leitete ex officio die Dokumente weiter, die für das MfS von Bedeutung waren. Ähnlich verfahren andere Ressorts, beispielweise das Außen- oder Verteidigungsministerium. Und die Informationen flossen auch in umgekehrte Richtung: in den SED-Archiven sind Dokumente der „Stasi“, des Außenministeriums etc. zu finden. Falsch ist daher Kochanowskis Behauptung, die im Buch präsentierten Niederschriften über die Gespräche mit den PVAP-Funktionären befänden sich ausschließlich im MfS-Archiv (der „Gauck-Behörde“ also). Ebenso irreführend ist die Behauptung, die Überlieferung der Aufzeichnungen der Gespräche im SED-Parteiarchiv breche Anfang Juni 1981 ab und setze erst wieder im Herbst ein. Auf Grund dieser unrichtigen Annahme stellt der Autor die märchenhafte Hypothese auf, die „Stasi“ hätte seit Anfang Juni

---

kompromißlos durchgreifen“. Die SED contra Polen 1980/81. Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung, Berlin 1995, S. 377-383.

<sup>5</sup> Zur Gesprächsniederschrift vgl. Michael Kubina und Manfred Wilke (Hg.): "Hart und

1981 sowohl die Initiative in den Kontakten mit den PVAP-Vertretern wie auch die Kontrolle über die entsprechenden Gespräche übernommen. Hier scheint auch bei Kochanowski die in Polen verbreitete Neigung zur Dämonisierung der „Stasi“ durchgeschlagen zu sein. In Wirklichkeit war die Rollenteilung in politischen System der DDR stets klar und wurde auch beachtet: Für die Kontakte mit den „Bruderparteien“ war die SED zuständig.

Jerzy Kochanowski bezieht sich auf die bereits angeführte Arbeit von Kubina und Wilke, die eine wertvolle Auswahl der DDR-Dokumente enthält, lies aber auch bei dieser Lektüre die notwendige Sorgfalt vermissen. Als er die Beratungen auf dem Kreml am 16. Mai. 1981 erwähnt, schrieb er Brežnev folgende Aussage über Grabski und Olszowski zu: „Aktivisten, auf die man rechnen kann“. In Wirklichkeit - dem von den deutschen Historikern veröffentlichten Dokument zufolge - erklärte Brežnev, daß „einige Genossen meinen, daß Olszowski und Grabski Leute sind, auf die man sich stützen kann“; der sowjetische Generalsekretär selbst distanzierte sich allerdings von dieser Auffassung.<sup>6</sup>

Im hier rezensierten Buch wurden auch zwei Briefe an den Verleger veröffentlicht - von Stanisław Ciosek und von Zbigniew Pudysz. Besonders erstaunt dabei die Tatsache, daß die Ausführungen von General Pudysz, die den Leser in die Irre führen, ohne Kommentar geblieben sind. Der ehemalige stellvertretende Innenminister behauptet, daß die „Gauck-Behörde“ „buchstäblich alles vom MfS übernommen habe“. In Wirklichkeit ist bis heute der Verbleib der Akten der HVA ungeklärt. Fest steht lediglich, daß sie im Amt des Bundesbeauftragten für die „Stasi“-Unterlagen nicht vorhanden sind.

Bekannt ist ferner, wie im November 1989 die wohl von „Stasi“-Funktionären (damals schon „Nasi“) inszenierte „Erstürmung“ der MfS-Zentrale in der Normannenstraße wirklich ablief: die Demonstranten wurden ohne Widerstand ins Gebäude gelassen, wo bereits rechtsextremistisch aussehende Individuen waren, von den oberen Stockwerken warfen „unbekannte Täter“ wertlose Akten hinter. Nach einer guten Stunde war alles vorbei, und das Haus wurde wieder dicht gemacht; die wirklich wichtigen Dokumente waren bereits vorher beiseite geschafft worden (die DDR-Medien berichteten von Plünderungen, Sachschäden in Millionenhöhe und allerhöchster Gefahr für die „junge Demokratie“).<sup>7</sup>

Von mangelnder Sorgfalt der Herausgeber zeugen auch zahlreiche Fehler in der Schreibweise von Namen selbst allgemein bekannter Personen, zum Beispiel: Andrzej Kurz (nicht: Kurc) - Mitglied der Leitung von „Radiokomitee“, seinerzeit Direktor des „Literarischen Verlags“ in Krakau; Józef Żyto (nicht: Żyta) - stellvertretender Generalstaatsanwalt der VRP, der besonders eifrig bei der Bekämpfung der demokratischen Opposition war; Friedrich Dickel (nicht: Dieckel) - Innenminister der DDR; und schließlich, einer der beiden Herausgeber der wiederholt zitierten Dokumentation zur SED-Polenpolitik 1980/81 heißt Manfred (nicht: Martin) Wilke. Auch das Personenverzeichnis läßt manches zu wünschen übrig; zum Beispiel mangelt es an biographischen Angaben, gerade bei für polnische Leser wenig bekannten Partei-

<sup>6</sup> Vgl. Kubina/Wilke: "Hart und kompromißlos durchgreifen", S. 270-285.

<sup>7</sup> Für weitere Einzelheiten vgl. Ralf Georg Reuth und Andreas Bönke: Das Komplott. 3. Aufl., München - Zürich 1995, S. 202f. Anm. d. Red.: Vgl. zu den Merkwürdigkeiten in diesem Zusammenhang auch Henryk M. Broder: Eichhorns Erinnerungen. Ein Fall von Siegerjustiz: Ein ehemaliger Mitarbeiter der Stasi narrt die Gerichte und einen Untersuchungsausschuß des Bundestages und kommt ungeschoren davon, in: Zdf Nr. 5, 1988, S. 81-83.

funktionären. Zu manchen Dokumenten fehlen Informationen über die auftretenden Personen sogar gänzlich.

Wenig hilfreich ist das Abkürzungsverzeichnis. Die Herausgeber führen, scheinbar nach eigenem Gutdünken, völlig neue Abkürzungen ein, die in der polnischen Sprache unbekannt sind. Bisweilen ersetzen sie damit solche, die seit langem etabliert sind.

Auch hinsichtlich der polnischen Rechtschreibung und Grammatik weist das Buch Mängel auf. Die Anzahl derartiger Fehler ist unakzeptabel hoch. Es fallen zudem zahlreiche Formulierungsdefizite unangenehm auf. Zweifellos sollte der Verleger eine Lektoratsstelle schaffen. Finanzielle Schwierigkeiten sollte das nicht bereiten, denn das Büchlein - im Umfang von 180 Seiten - kostet in Warschauer Buchläden immerhin stolze 19 Złotys. Hinzu kommt, daß die Veröffentlichung von der deutschen Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt wurde.

Die Herausgeber kündigen für 1998 den 3. Band von „VRP in den Augen der Stasi“ an, der Dokumente ab Mitte der 80er Jahre enthalten soll. Es bleibt zu hoffen, daß bei Vorbereitung dieser Veröffentlichung zumindest ein Teil der genannten Mängel beseitigt wird.

*Wanda Polak*